



Die transkriminelle Gesellschaft

Legal, illegal, scheißegal lautete eine bekannte Parole der Spontibewegung der Siebziger Jahre. In dieser Steigerung steckt eine Dialektik, die heute Gestalt annimmt: Der Unterschied zwischen Legalität und Illegalität scheint den meisten Menschen zusehends egal zu werden, er spielt keine allzu große Rolle mehr.

Das beginnt in den oberen Etagen der Gesellschaft, dort wo die Aufmerksamkeit der Medien am größten ist. Ehemalige Ministerpräsidenten müssen sich in Frankreich wegen der Verwicklung in einen dubiosen Handel mit AIDS-versuchten Blutkonserven vor Gericht verantworten, in Brüssel fliegt die Kommission der Europäischen Gemeinschaft als mehr oder weniger korruptes Machtkartell auf, die Vorstandsetagen deutscher Großbanken erhalten regelmäßig Besuch vom Untersuchungsrichter, der kistenweise Akten zur Beweissicherung beschlagnahmt und das Internationale Olympische Komitee entpuppt sich als Versammlung käuflicher Honoratioren. Öffentliche Gelder werden in krimineller Manier verschleudert und verschwinden in dunklen Kanälen, Altenpflegeheime, bayerische Dorfhelferinnen, Unternehmen des Roten Kreuzes, die Finanzämter – nirgendwo scheint es mit rechten Dingen zuzugehen. Selbst auf das Personal der katholischen Kirche fällt der dringende Tatverdacht des sexuellen Mißbrauchs von Schutzbefohlenen. Wenn dann noch die Polizei, deren Aufgabe es wäre, Kriminalität zu bekämpfen, der profitablen Beteiligung an eben dieser bezichtigt wird, läßt sich der Kreis schließen. Unsere Gesellschaft: eine kriminelle Vereinigung?

Wer mag da noch mit dem Finger auf Länder wie Nigeria oder Rußland zeigen, in denen die Grenzen zwischen Mafia und Staatsverwaltung fließend sein sollen? Kann man im Angesicht solcher Entwicklungen noch die Nase über italienische Verhältnisse rümpfen?

Geht man in die Fläche, ist das Bild nicht anders. Ladendiebstahl und Versicherungsbetrug, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, gefälschte Abrechnungen von Ärzten gegenüber Krankenkassen und das Erschleichen von Sozialleistungen gehören zum Alltag. Zu den in der Kriminalstatistik registrierten Fällen kommt das nicht erfaßte Dunkelfeld hinzu. Leuchtete man die Gesellschaft in allen Winkeln, Klassen und Schichten mit den Strahlern des Rechts aus, der Anblick wäre vermutlich deprimierend.

Das eigentlich Faszinierende ist jedoch: Alles geht seinen Gang, es brechen weder Chaos, noch Bürgerkrieg aus, weder Angst, noch Schrecken, nichts bricht ein oder zusammen. Das zwingt uns, bestimmte Annahmen über das Funktionieren und die Entwicklung moderner Gesellschaften in Frage zu stellen. Der bekannte Sozialhistoriker Charles Tilly hat Staatsgründungen einmal als *eine Form organisierten Verbrechens bezeichnet*. Am Anfang steht der Räuberkapitalismus, der sich dann zu einem rechtlich und bürokratisch geordneten Staatswesen konsolidiert. Am Ursprung stehen Gewalt, Betrug und Raub, die Legitimität der Herrschaft wächst erst auf der Basis der durchgesetzten Macht und geordnete Verhältnisse tauchen – wenn überhaupt – erst relativ spät auf. Im Angesicht der Zustände vor unseren Haustüren mag einem diese

Entwicklung als umkehrbar erscheinen.

Vielleicht aber ist der Eindruck einer kriminellen Gesellschaft nur ein Effekt des Versuchs, die Kriminalität auszurotten. Wenn man als kriminell all das versteht, was das Gesetz verbietet, so wird mit wachsender Gesetzesflut die Kriminalität steigen. Das trifft sicherlich für einige Bereiche zu. Ausländer können in Deutschland mehr Gesetze übertreten als Deutsche. Die Gefängnisse sind voll mit Asylbewerbern, denen ein Verstoß gegen das Ausländergesetz zur Last gelegt wird und die dort auf ihre Verurteilung und Abschiebung warten. Je engmaschiger das Netz der strafbewehrten Vorschriften – im Steuer- Sozial-, Umwelt- und Unternehmensrecht – wird, desto höher die Wahrscheinlichkeit, sich darin zu verfangen. Je weiter die Beobachtungs- und Ermittlungsbefugnisse von Polizei und Justiz – durch Lauschangriff oder die Einführung abstrakter Gefährdungsdelikte – ausgedehnt werden, desto mehr registrierte Kriminalität wird es geben. Und je mehr Medien um die knappe Ressource der Aufmerksamkeit des Publikums konkurrieren, desto bedrohlicher wird das Alles erscheinen.

Mit dem Recht verhält es sich wie mit dem Unkraut: Man kann es durch ungezügelteres Wachstum zur Selbstausrottung treiben. Wenn, wie eben wieder von der CDU vorgeschlagen, das Graffiti-Sprühen mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden soll, dann entsteht damit eine neue Form von Kriminalität.

Die gesellschaftliche Wirkung der Differenz von Legalität und Kriminalität scheint mit dem Wachstum des Rechts zu verschwinden. Sie wird zusehends ersetzt durch ökonomisches Kalkül. Ein jeder verhält sich gegenüber dem Recht strategisch. Daran werden hohe Strafen und mehr Kontrolle nichts ändern. Der Einzelhandel schlägt die Kosten des Ladendiebstahls, der im übrigen zu einem nicht unerheblichen Teil auf das Konto des Personals geht, auf seine Preise auf, große Unternehmen in den USA haben eigene Vorstandsposten geschaffen, deren Inhaber im Falle eines Falles dafür zur Verfügung stehen, eine Gefängnisstrafe abzusitzen und Autofahrer in überfüllten Großstädten kalkulieren die Kosten für das Falschparken als eine Art Parkplatzsteuer ein, die immer noch niedriger ist, als die Miete für einen festen Garagenplatz.

Im Angesicht solcher Entwicklungen erscheint die inszenierte Aufgeregtheit der Sicherheits- und Rechtspolitiker paradox. Die Gefängnisse sind voll, Polizei und Gerichte überlastet und die Innere Sicherheit sei gefährdet wie nie zuvor. Daher brauchten wir mehr Gefängnisse, mehr Polizisten, mehr und differenziertere Strafen, härtere Gesetze. Aber wozu? Die Politik des Law & Order tut so, als wäre die Gesellschaft eine mit schwarzen Schafen durchsetzte Herde, die abgesondert werden müßten. Man müßte nur die kriminellen Elemente erfassen und bestrafen, um zu einem Zustand allgemeiner Rechtmäßigkeit zurückzukehren. Hier jagt seit Einführung des modernen Strafrechts der Hase der Ordnung die Igel des Verbrechens mit anhaltendem Mißerfolg – trotz fortlaufender Aufrüstung.

Sind nicht alle Schafe inzwischen mehr oder weniger grau geworden? Halten uns die Sicherheitspolitiker nicht ein Bild der Gesellschaft vor Augen, daß mit der Realität nicht übereinstimmt? Weder ist das Verbrechen so bedrohlich, wie es erscheint, noch sind die gesetzestreuen Mitbürger sonderlich gesetzestreu und die verantwortungsbewußten Eliten sonderlich verantwortungsbewußt, viel mehr sind alle irgendwie auf ihren Vorteil bedacht, mogeln sich durch und nutzen ihre Chancen – unabhängig von den Vorschriften des Strafrechts. Das hat seine sittenbildende Kraft längst verloren, wenn es sie je besessen hat! Es dient heute im wesentlichen dazu, symbolische Kreuzzüge auszurichten. Die Forderungen nach mehr und härteren Strafen ist eine wohlfeile politische Strategie, die auf der Bühne des politischen

Spektakels allemal Aufmerksamkeit garantiert. Doch wäre es nicht an der Zeit, uns allmählich klar darüber zu werden, daß es sich hier um ein Spektakel handelt, das uns, die wir im Zuschauerraum sitzen, wohlige Gruselschauer über den Rücken laufen läßt? Dann könnten wir uns auch fragen, ob die inszenierten Strafrituale notwendig sind, ob wir zu unserer Erbauung wirklich symbolische Politik mit realen Menschenopfern benötigen.

Reinhard Kreissl

.....

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zur Eingangsseite](#)